

Wie ist qualitatives Wachstum möglich?

6. Gespräch:

Rolle, Perspektiven und Aufgaben von Europa im globalen Kontext:
Neue Schlüsseltechnologien, politische und soziale Rahmenbedingungen,
Unternehmensstrukturen, Probleme der Integration von Ost- und Südosteuropa.

Zukunft der Arbeit im Europa des 21. Jahrhunderts

Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup

des Menschen mit der Natur zur unmittelbaren Selbsterhaltung bzw. Selbstsicherung. Mit der ökonomischen Evolution, d. h. der Herausbildung einer Tauschwirtschaft, deren Ablösung durch die Geldwirtschaft und die immer fortschreitende Arbeitsteilung und Spezialisierung, wurde das ursprünglich agrarische bzw. jägerliche Junktum zwischen den Ergebnissen der Arbeit und den individuellen Bedürfnissen des Arbeitenden immer lockerer, und heute besteht es eigentlich nur noch im – zumindest bei uns – zu vernachlässigenden Bereich der Selbstversorgung.

Heute wird Arbeit üblicherweise definiert als die Summe aller körperlichen und geistigen menschlichen Tätigkeiten zur Herstellung von knappen, d. h. begehrten Gütern und Dienstleistungen. Von Erwerbsarbeit spricht man dann, wenn diese Tätigkeiten gegen Entgelt geleistet werden.

Art und Umfang der als Arbeit definierten Tätigkeiten konkretisierte und konkretisiert sich zu jeder Zeit durch eine

- technologisch-inhaltliche
- lokale bzw. regionale und
- zeitliche Dimension sowie durch die
- Höhe der „Entlohnung“ als Reflex der gesellschaftlichen Wertschätzung.

Das mir vorgegebene Thema „Zukunft der Arbeit im Europa des 21. Jahrhunderts“ interpretiere ich dahingehend zu fragen, wie sich die Erwerbsarbeit in den alten, reifen und reichen Industriestaaten Westeuropas nicht zuletzt durch die Entwicklung der jungen und noch armen Industriestaaten, Mittel- und Osteuropas und Südostasiens verändern wird und welche politischen Konsequenzen sich daraus für die „alten“ Industriestaaten ergeben.

Zwei Vorbemerkungen:

1. Die demographischen Aspekte, d. h. die Trends, daß der Faktor Arbeit, konkret die Erwerbsbevölkerung der Zukunft, „älter, weiblicher und ausländischer“ werden wird, wird im folgenden ausgeblendet.

2. Eine Basisannahme der folgenden Überlegungen ist die einer (gewissen)

Dominanz ökonomischer Gegebenheiten, d. h. es wird von der erfahrungsgesättigten Annahme ausgegangen, daß das „was sich rechnet“, sich auch durchsetzen wird bzw. daß zur Lösung ökonomischer Probleme durchaus „soziale Errungenschaften“ und „sicher geglaubte sozioökonomische Besitzstände“ geopfert werden (können).

I. Zu den „zukünftigen“ Arbeitsinhalten

Ob die Arbeitsinhalte von den technologischen Möglichkeiten bestimmt werden oder ob die jeweiligen „technical devices“ Reflex der geänderten Bedürfnisse und Bedarfe, d. h. der Ziele der Arbeitstätigkeiten, sind, ist meines Erachtens letztlich nicht zu entscheiden und sei daher dahingestellt. Fest steht, daß die Arbeit der Zukunft von der weiteren Diffusion der I+K-Technologien als den Schlüsseltechnologien auch des 21. Jahrhunderts geprägt sein wird.

Zur Prognose dieser technologisch bedingten Veränderungen der Arbeitsinhalte ist es zweckmäßig zwischen Fertigung und Büro zu unterscheiden. D. h. es ist zu fragen, wie

- die Produktion bzw. „Fabrik der Zukunft“ und wie
- das „Büro der Zukunft“
aussehen werden.

Fabrik der Zukunft

Die technische Entwicklung im Fertigungsbereich ist durch die drei Phasen

- Mechanisierung,
- Automatisierung und
- Informatisierung

charakterisiert.

Bei der Mechanisierung wurden bzw. werden menschliche Arbeitsleistungen (im allgemeinen die menschliche Muskelkraft) durch externe, den Arbeitsaufgaben entsprechend organisierte „Energiequellen“ ersetzt bzw. unterstützt.

In der zweiten Stufe – der Automatisierung – wird nicht nur die menschliche Kraft substituiert bzw. gesteigert, sondern die Ausführung der Arbeit selbst, und es werden auch schon Teile der Kontrolle einer Maschine übertragen. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Entwicklung der Produktionstechnik in unserem Jahrhundert, dann ist diese durch Entwicklung einer zunehmenden Flexibilität im Hinblick auf die Erfüllung unterschiedlicher Arbeitsaufgaben gekennzeichnet.

Hauptursache für diese Steigerung der Fertigungsflexibilität in den letzten Jahren ist die Mikroelektronik als die Querschnitts- bzw. Universaltechnologie, durch die vielfach erst die Fortschritte in anderen

Technologiebereichen, wie z. B. in den Verkehrs-, den Produktions-, Transport- und Lagertechniken, den Bearbeitungs- und Verfahrenstechniken ermöglicht wurden. (Daneben spielen aber auch Entwicklungen in den Material- und Werkstofftechniken oder in der Biotechnologie eine wichtige Rolle.)

Die Fabrik der Zukunft wird daher unter dem Rubrum CIM stehen und durch einen noch breiteren Einsatz von Computern gekennzeichnet sein. CIM (computer-integrated-manufacturing) steht für die Verbindung und Vernetzung verschiedener heute schon existierender Insellösungen, die als sogenannte CA = Computer Aided Techniken bekannt sind.

In der Fabrik der Zukunft werden alle Betriebsbereiche – vom Entwurf eines Produktes über seine Herstellung bis zum Vertrieb – in einem alle bisherigen Insellösungen umfassenden, integrierten Informationssystem zentral gesteuert werden.

Aus dem Blickwinkel des Arbeitenden ist diese „integrierende Informatisierung“ ambivalent zu beurteilen. Denn zum einen führt dies bei bestimmten einfachen Tätigkeiten zu einer Entwertung von Arbeitsinhalten, während es gleichzeitig zu einer Aufwertung anderer Tätigkeiten durch job enlargement und job enrichment kommt, wie dies beispielsweise bei der Entwicklung und dem Einsatz von CNC-Maschinen zu beobachten war und ist.

Büro der Zukunft

Auch das Büro der Zukunft erfährt durch die weiter zunehmende Diffusion der elektronischen Medien neue Impulse; denn die Bürokommunikation als Sammelbezeichnung für Technik, Organisation und Realisierung computergestützter Informationstechnik im Büro und die Telekommunikation als Transportweg nach außen werden die künftige Entwicklung dominieren. Während heute Bildschirme, Terminals, Mikrocomputer und diverse andere Einzelgeräte – noch oft unverbunden – im Büro stehen und separat benutzt werden, geht die Entwicklung eindeutig zu Multifunktionsterminals, d. h. vernetzten Arbeitsplatzsystemen, intelligenten Telefonen und Bildtelefonen. Was CIM für die Fabrik ist, ist CIO (Computer Integrated Office) für das Büro der Zukunft.

Das heißt man wird sich dem Zustand nähern, in dem über einen (sogenannten) Multifunktions-Arbeitsplatz (d. h. über eine Tastatur und einen Bildschirm) die verschiedensten Informations- und Kommunikationsvorgänge gesteuert werden können.

Für die Arbeit in der Fabrik wie im Büro ist gemeinsam, daß sie im Zuge ihrer Informatisierung zunehmend realitätsferner wird bzw. sich zunehmend „entmaterialisiert“.

Fast könnte man sagen: die Arbeit der Zukunft findet in virtuellen Datenwelten statt.

In den Kontext der Informatisierung gehört auch die „Telearbeit“. Hierbei geht es vor allem um räumliche Verlegung bzw. Auslagerung computerbezogener Tätigkeiten. Dieser Prozeß wird sich in mehreren parallelen Varianten vollziehen:

1. Es wird zu einer Auslagerung von Bildschirmarbeit aus den Zentralen in Filialen kommen.
2. Es werden Satellitenbüros in der Nähe des Wohnortes der Arbeitnehmer entstehen.
3. Es werden bestimmte Bildschirmarbeiten von den Unternehmen an andere selbständige Dienstleistungsunternehmen vergeben und
4. in einigen Fällen wird der Arbeitsplatz von Mitarbeitern in ihre Wohnung verlegt werden (Tele-Heimarbeit).

Bei der zuletzt genannten Variante ist nicht nur an eine Auslagerung von Schreibaarbeiten zu denken, sondern auch und gerade an höherwertige Tätigkeiten wie etwa Softwareentwicklung, Konstruktion, Vertrieb, Service oder Verwaltung.

Charakteristisch für diese Formen der telekommunikativen Fernarbeit wird sein, daß sie verstärkt auf der Basis von Werkverträgen abgewickelt und damit zu einer Erosion des unsere traditionellen Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen und unser soziales Sicherungssystem konstituierenden Normalarbeitsverhältnisses beitragen wird.

In der Vergangenheit war der Computer keineswegs der ge- und befürchtete Jobkiller. Ob die (unstrittige) Informatisierung der Arbeit, d. h. die qualitativen Veränderungen der Arbeitsinhalte durch den Ersatz programmgesteuerter Arbeitsmittel, zu gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsgewinnen oder Verlusten führen wird, ist unsicher. Die Mehrzahl der Arbeitsmarktforscher geht zwar davon aus, daß die Informationstechnik neue Arbeitsplätze und neue Berufsfelder schaffen wird – T. Sommerlatte von der Beratungsfirma Arthur D. Little schätzte kürzlich, daß bis zum Jahre 2000 durch „Multimedia“ etwa 10 Mio. neue Arbeitsplätze entstehen würden –, ob aber diese (recht optimistischen) Prognosewerte die ebenfalls unstrittigen Verluste im industriellen Bereich (über-) kompensieren werden, ist ungewiß.

Zwischenfazit

Die Arbeit der Zukunft wird mithin zunehmend im Be- und Verarbeiten komplexer werdender Informationsblöcke bestehen. Gesamtwirtschaftlich wird dies dazu führen, daß es zu

- signifikanten Rückgängen der Beschäftigtenzahlen im industriellen und

handwerklichen Fertigungsbereich (insbesondere in den alten Hochlohnindustriestaaten),

- einer Zunahme der Beschäftigung und der Wertschöpfung in den informationsbezogenen Dienstleistungen, also Ausbildung, Schulung, Wartung, Organisation
- und zu einer Dezentralisierung bzw. Auslagerung von Arbeitsplätzen und zu neuen Formen der Selbständigkeit kommen wird.

Angesichts der unterschiedlichen Dringlichkeiten bzw. eines time lag von ca. 20 Jahren in den Bedürfnis- und Bedarfsstrukturen Mittel- und Osteuropas im Vergleich zu Westeuropa, gilt diese Prognose ebenso wie die im folgenden zu skizzierenden Auswirkungen auf den einzelnen Arbeitnehmer zunächst nur für die Industriestaaten Westeuropas.

Versteht man unter qualitativem Wachstum diejenige wirtschaftliche Wertschöpfung, die mit keinem oder nur einem geringem Verbrauch an Rohstoffen etc. sowie keinen oder nur geringen Umweltbelastungen durch Emissionen verbunden ist, dann wird man sagen müssen, daß das resultierende Wirtschaftswachstum dieser informatisierten Arbeit der Zukunft tendenziell das ist, was als umweltverträgliches „sustainable growth“ bezeichnet werden kann.

Allerdings sollte man sich davor hüten, in einer „Dienstleistungsgesellschaft“ ein ökonomisches Ideal zu sehen. Staaten von der Größe Deutschlands können ohne eine leistungsfähige „industrial base“ nicht existieren. Da die besonders wertschöpfungsintensiven Dienstleistungen mehr die unternehmensbezogenen als die haushaltsbezogenen sind, dient eine Förderung des Industriestandortes Deutschlands der Expansion des Dienstleistungsbereichs, der im Vergleich zu anderen Industriestaaten in Deutschland partiell noch unterentwickelt ist.

Auswirkungen für den einzelnen Arbeitnehmer

Für den einzelnen Arbeitnehmer wird diese Entwicklung 5 Konsequenzen haben:

1. Die Erhaltung der arbeitsplatzsichernden Deckungsgleichheit zwischen Ausbildungsqualifikation und Anforderung der Arbeitsplätze, d.h. die arbeitsmarktmäßige Verwertbarkeit seiner Fähigkeiten, wird für den einzelnen Arbeitnehmer insbesondere in den Bereichen immer schwieriger, in denen immer mehr Teilfunktionen auf die „Maschinen“ bzw. in die intelligenter werdenden Netze übertragen werden können.
2. Es werden sich neue Möglichkeiten von Leistungskontrolle, Leistungsmessung und Überwachung eröffnen.

3. Gleichzeitig wachsen aber auch zahlreichen Arbeitnehmern als Folge der Verringerung der Arbeitsteiligkeit (Reflex der zunehmenden Intelligenz der „Netze“) neue Planungs- und Dispositionsspielräume zu.

4. Durch die mit der „Wissensexplosion“ verbundene Verkürzung der Halbwertszeiten von Wissen bzw. eines Wissensfundus wird das Beherrschen von Selbstlern-techniken zur entscheidenden Schlüsselqualifikation für eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern.

5. Aus dem Ausbau von weltumspannenden Datenautobahnen und der damit verbundenen globalen Verfügbarkeit von neuem Wissen kann es zu einem „information overload“ kommen, mit der Folge, daß an die Stelle des Problems der Informationsbeschaffung das der effizienten und rationalen Selektion (und damit auch für das Management das Problem der Informationsselektion) tritt.

II. Zeitliche Dimension von Arbeit

Die „Arbeitszeit“ wird durch zwei Parameter bestimmt, die Dauer (Chronometrie) und die Lage (Chronologie).

1. Der chronometrische Parameter

Der Trend der Wochenarbeitszeitverkürzung dürfte insbesondere in den wohlhabenden, „alten“ Industriestaaten anhalten, und zwar aus immateriellen als auch aus materiellen Gründen.

Als immaterielle Gründe sind insbesondere der Wertewandel und die damit verbundene Freizeitorientierung zu nennen. (Denn generell wird der Arbeitnehmer der Zukunft neben materiellen Vergütungen – die im übrigen so gut wie nichts an Relevanz einbüßen werden – immer mehr immaterielle Anreize verlangen, sei es in Form eines höheren Maßes an Zeit, Autonomie oder in Form von nicht-monetären Zuwendungen durch den Arbeitgeber, wie etwa durch Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, mit der Folge verbesserter Entwicklungschancen.)

Ferner wird – trotz einer hohen und resistenten Arbeitslosigkeit in den etablierten Industriestaaten – der materielle Wohlstand insbesondere bei Besserverdienenden und (kinderlosen) Doppelverdienerhaushalten die Präferenzen für kürzere Wochenarbeitszeiten erhöhen, und zwar auch deshalb, da sich diese Personen und Haushalte bei einem rigiden Progressionstarif in der Einkommensteuer einem sinkenden Grenznutzen zusätzlicher Arbeitszeit gegenübersehen, so daß hier eine Bereitschaft zur Arbeitszeitverkürzung auch ohne vollen Lohnausgleich bestehen dürfte (Substitutionseffekt der Besteuerung).

Neben dem Trend einer weiteren Verkürzung der Wochenarbeitszeit wird allerdings aufgrund des Umstandes, daß alle „alten“ Industriestaaten „ageing

societies“, d. h. alternde und schrumpfende Gesellschaften sind, parallel dazu eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit notwendig und damit wahrscheinlich werden. Denn:

1. Will man das erreichte Wohlfahrtsniveau nicht gefährden, ist es erforderlich, die demographisch bedingte Reduktion des Erwerbspersonenpotentials zumindest teilweise durch eine intensivere Ausschöpfung des vorhandenen internen Erwerbspersonenpotentials zu kompensieren. Dies impliziert vor dem Hintergrund einer stetig steigenden Lebenserwartung verbunden mit einem steigenden Gesundheitsgrad der Älteren eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

2. Aber auch aus Gründen der Erhaltung und Steigerung der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit der Hochlohn- und High-tech-Staaten muß – insbesondere den Arbeitgebern – daran gelegen sein, ihre Mitarbeiter länger als bisher im Unternehmen zu halten. Denn es wurde über Jahre hinweg Humankapital gebildet, und berücksichtigt man ferner, daß auch und gerade die betrieblichen Investitionen in das Humankapital aufgrund der immer schnelleren Reduzierung der 'Halbwertszeit des Wissens' durch lebenslange Weiterbildungsmaßnahmen zunehmen werden, wäre jede weitere Vorverlegung des Renteneintrittsalters eine Verschwendung des knappen Produktionsfaktors „qualifizierte Arbeit“.

Im Zusammenhang mit der Verringerung des durchschnittlichen jährlichen Arbeitsvolumens und der Aufteilung von „Vollzeitarbeitsplätzen“ – sei es aus postmateriellen Motiven der Beschäftigten oder aus naheliegenden und drängenden Gründen des Abbaus der Arbeitslosigkeit - ist auf einen bislang noch zu wenig beachteten Aspekt hinzuweisen:

Teilzeitarbeit und Verkürzung der individuellen Arbeitszeit implizieren eine Verkürzung der Amortisationszeit der Ausbildungskosten bzw. technisch formuliert der Investitionskosten in das Humankapital. Das heißt in dem Maße, in dem die Ausbildungskosten jedes einzelnen Arbeitnehmers nicht ausgenutzt werden, wird aus Humankapital ein Konsumgut, was zur Konsequenz hätte, daß trotz der gestiegenen Qualifikation eines Arbeitnehmers seine Entlohnung in der aktiven Arbeitszeit geringer sein müßte. Dieser ökonomische Sachzwang wird deshalb gerne übersehen, weil – wie N. Walter es jüngst pointiert formulierte – „wir auf irgendeine imaginäre Weise die bei uns wahnsinnig teure Ausbildung schlicht und einfach dem Staat vor die Füße werfen und die Kosten deshalb privat nicht mehr wahrnehmen“.

2. Chronologische Parameter

Hohe Löhne, kurze Arbeitszeiten und ein dichtes soziales Sicherungsnetz resultieren in allen etablierten Industriestaaten aus einer hohen Arbeitsproduktivität als Folge der zügigen Umsetzung von Prozeß- und Produktinnovationen. Ein hohes Maß an prozeß- und produktinnovativem Fortschritt war und ist die wichtigste Quelle des materiellen Wohlstandes

aller Industriestaaten – und wird es auch bleiben.

Die Implementation von technischem Fortschritt, als - um es zu wiederholen – dem wichtigsten „industriestaatlichen“ Produktionsfaktor, geht regelmäßig mit einer Steigerung der Kapitalintensität einher. [So kostet z. B. heute – nach einer Verdoppelung innerhalb der letzten 15 Jahre – in Deutschland ein Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt über 220.000 DM (bei einer Schwankungsbreite zwischen 80.000 und 1,3 Mio DM).]

Konstante Betriebslaufzeiten (die Deutschen sind mit weniger als 60 Stunden pro Woche im internationalen Vergleich sehr niedrig) bedingen bei einer Zunahme der Kapitalintensität eine Verlängerung der Amortisationsperiode, d. h. ein Hinausschieben des Return on Investment und damit eine Senkung der Rendite des investierten Kapitals.

Aus diesem betriebswirtschaftlichen Faktum folgt, daß im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kapitalintensiv produzierender Staaten und angesichts sich tendenziell verkürzenden individueller Jahresarbeitsvolumina die chronologische Organisation der Arbeit zunehmend wichtiger wird.

Denn nur über eine zunehmende Flexibilisierung der Lage der Arbeitszeiten ist es möglich, Arbeitnehmerinteressen und betriebswirtschaftliche Erfordernisse – zumindest halbwegs – zum Ausgleich zu bringen.

Neben der typisch „chronologischen“ Maßnahme der „Gleitzeit“ (unveränderte Gesamtdauer der Arbeitszeit bei veränderbarer Lage) werden sich daher – aufgrund der o. a. ökonomischen Sachzwänge – Flexibilisierungsmodelle wie Teilzeitarbeit, Sabbaticals, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, Cafeteria-Systeme, schwingende Arbeitswoche etc. progressiv ausbreiten. Und es wird nicht nur im verarbeitenden Gewerbe zur Verlängerung der Maschinenlaufzeiten im Sinne einer Ausdehnung der betrieblichen Arbeitszeitkorridore kommen, sondern auch im administrativen Bereich und im Dienstleistungsbereich mit der Folge, daß die in einigen Betrieben bereits auf 9.00 bis 15.00 Uhr geschrumpfte Kernarbeitszeit wieder deutlich steigen wird und daß in 10 Jahren der Samstag für sehr viele Arbeitnehmer wieder ein ganz normaler Arbeitstag sein wird.

Diese Ausdehnung der „Betriebszeiten“ erscheint auch deshalb wahrscheinlich, da es sich international agierende Unternehmen aufgrund der globalen Telekommunikationsmöglichkeiten immer weniger werden leisten können, nur zu bestimmten Tageszeiten für An- und Rückfragen ihrer Kunden (z. B. aus Fernost) zur Verfügung zu stehen.

Neben dieser zeitlichen Flexibilisierung gewinnt unter den Schlagworten

- lean production
- lean organization oder

- industrial reengineering

ein weiterer Trend zur Rationalisierung durch eine funktionale bzw. organisatorische Flexibilisierung an Bedeutung, und zwar in Gestalt der Externalisierung von Betriebsfunktionen auf Leiharbeitskräfte, der Beauftragung von Subunternehmen oder Vergabe von Arbeiten auf der Basis von Werkverträgen (d. h. an formal „Selbständige“).

(Die im folgenden diskutierte „Globalisierung“ wird sowohl die Flexibilisierung der Arbeitszeiten als auch das Entstehen bislang atypischer Formen der Erwerbsarbeit katalysieren.)

III. Globalisierung

Ein dritter, die heutige und verstärkt die zukünftige Arbeitswelt – auch und gerade die Westeuropas – bestimmender Megatrend ist die „kapitalistische Globalisierung“ mit den beiden Aspekten:

- Vordringen der jungen ostasiatischen und mittel- und osteuropäischen Industriestaaten auf die Weltmärkte mit Industrieprodukten der Mainstream-Technologie und
- zunehmende „Quecksilbrigkeit“ des anlage- und investitionschancensuchenden Kapitals aus den reichen, etablierten Industriestaaten.

Voraussetzungen dieser Globalisierung sind:

1. Der „globale“ ideologische und realwirtschaftliche Sieg der Marktwirtschaft über den Sozialismus,
2. die wegfallenden Mobilitätsschranken für Güter, Kapital und Technologie,
3. die niedrigen Kosten auch für qualifizierte Arbeit in den jungen Industriestaaten sowie
4. sinkende Transportkosten.

Die beiden eben erwähnten Globalisierungsaspekte sind allerdings nur analytisch zu trennen. Realwirtschaftlich bedingen sie sich insofern, als in dem Maße, in dem der Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen aus den alten Industriestaaten zunimmt, diese zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit gezwungen sind, internationale Kostendifferenzen durch Produktionsverlagerung oder -externalisierungen auszunutzen.

Die Folge ist, daß es zunehmend weniger „nationale“

- Produkte und Technologien,
- Wirtschaftsunternehmen und

- Industrien

geben wird und das Konzept der „nationalen“ Wirtschaft und der traditionellen „nationalökonomischen“ Analyse ebenso bedeutungslos wird wie das Konzept nationaler Unternehmen, nationalen Kapitals, nationaler Erzeugnisse und nationaler Technologien obsolet werden wird.

Zur Illustration: Ein neuer Sportwagen eines koreanischen „Herstellers“ wird in Japan finanziert, in Italien designed, die Konstruktion des Motors und des Getriebes erfolgt in Deutschland. In England wird der Wagen montiert, wobei elektronische Komponenten Verwendung finden, die in Silicon Valley erfunden und in Japan hergestellt wurden. Die Werbekampagne der Einführung dieses Wagens wird in Frankreich konzipiert, und die erforderlichen Film- und Fotoaufnahmen werden von einer kanadischen Gesellschaft in Spanien gemacht.

Der derzeitige US-amerikanische Arbeitsminister Robert Reich konkretisiert dies an dem Automodell „Pontiac Le Mans“ von General Motors, einem Wagen der in den Vereinigten Staaten ca. 10.000 Dollar kostet. Von diesen 10.000 Dollar gehen 3.000 Dollar für Montagearbeiten nach Südkorea, 1.500 Dollar für hochtechnologische Komponenten, insbesondere Elektronik für das Getriebe- und Motormanagement, nach Japan, 750 Dollar für Styling und Konstruktion nach Deutschland, 400 Dollar für verschiedene kleinere Komponenten nach Taiwan, Singapur und Japan, 250 Dollar für Werbung und Marketing nach Frankreich und 50 Dollar für Datenverarbeitung nach Irland und Barbados. Nur die verbleibenden knapp 4.000 Dollar gehen an die Verwaltungszentrale in Detroit, Anwälte und Banken in New York und die General Motors-Aktionäre, von denen allerdings zunehmend mehr nicht in den USA leben.

Verlängert man diese neue Form der internationalen Arbeitsteilung in die Zukunft, folgt daraus, daß „Volkswirtschaften“ zu regionalen Bestandteilen im Puzzle der weltumspannenden Firmenaktivitäten werden und letztendlich nur noch der regional immobilste „Faktor Arbeit“ als das übrig bleibt, was wir „Nation“ beziehungsweise „Nationalökonomie“ zu nennen pflegen.

Für die Zukunft der Arbeit, präziser der Zukunft des „Produktionsfaktors Arbeit“ in den derzeit etablierten Industriestaaten, resultiert daraus eine stärkere Spreizung der Entlohnungsstruktur im Vergleich zum Status quo. (Bei uns z. B. bezieht das einkommensmäßig oberste Quintil der Arbeitnehmer das Vierfache des untersten.)

H. Giersch begründete und begrüßte jüngst eine derartige Spreizung der vertikalen Entlohnungsskala aus sechs Gründen. Seiner Ansicht nach soll nämlich dieses Spreizen dazu dienen:

1. „um am unteren Ende der Skala das Freisetzen einfacher Arbeit zu verlangsamen oder es den Betroffenen überhaupt zu ersparen, daß sie in die

Dauerarbeitslosigkeit abgleiten und dadurch ihr Leistungsvermögen verlieren,

2. am oberen Ende der Skala Spielraum zu gewinnen für das Anwerben von Rettungskräften, die möglicherweise hohe Opportunitätskosten haben, also andernorts mit ähnlicher Dringlichkeit nachgefragt werden,

3. im Zwischenbereich das Leistungsstreben der Mitarbeiter zu mobilisieren, vor allem durch Anreize zum Bilden von Humankapital,

4. im Durchschnitt die Arbeitskosten so zu senken, daß ein Kollaps zumindest verzögert, wenn nicht – durch Zeitgewinn – ganz vermieden werden kann,

5. über das Begrenzen der Arbeitskosten das Gewinnpotential zu stärken und damit beschäftigungssteigernde Produktinnovationen zu finanzieren,

6. über Kostenersparnisse das Auslagern von Teilprozessen und das Abwandern von Arbeitsplätzen in Niedriglohn-Länder zu verlangsamen oder abzuwenden.“

So plausibel und ökonomisch konsistent diese Argumentation erscheint, so steht sie doch in einem gewissen Gegensatz zu jüngsten empirischen Befunden und neueren wachstumstheoretischen Überlegungen. Internationale Vergleiche von R. Freeman, T. Person oder G. Tabellini zeigen nämlich, daß eine Auffächerung der Lohnstruktur, sprich eine zunehmende Verteilungsungleichheit, positive Beschäftigungseffekte zeitigt, gleichzeitig aber mit niedrigen Wachstumsraten insbesondere der Produktivität und damit des Wirtschaftswachstums einhergeht. Verkürzt: Je geringer die Einkommensunterschiede in einem Land sind, desto schneller wächst zumindest der Tendenz nach Arbeitsproduktivität und damit der materielle Wohlstand.

So bemerkenswert diese – im Gegensatz zum herrschenden neoklassischen Paradigma stehenden – Befunde und ihre korrespondierenden Erklärungshypothesen sind und so wenig befriedigend das ökonomische Wissen hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Allokationseffizienz und Distributionseffizienz sind, so wenig wird dies eine Bremse der durch die beiden Aspekte der Globalisierung ausgelösten Einkommensdifferenzierung in den alten Industriestaaten sein.

So komfortabel und so homogen wie die Entlohnungsstrukturen in Westeuropa in den 80er Jahren waren, werden sie in der zweiten Hälfte der 90er und auch in den darauffolgenden Jahren nicht mehr sein.

Die bereits heute vorhandene Zweigipfligkeit der Einkommensverteilungen wird sich weiter ausprägen.

Fazit und politische Konsequenzen

1. Industrielle Erwerbsarbeit wird in etablierten Industriestaaten knapper,

da erstens die industriellen Produktionsstandorte immer weniger rohstoff- bzw. materialorientiert, aber dafür immer mehr arbeitskostenorientiert werden und zweitens die komplementären Arbeitsleistungen für eine steigende Zahl von industriellen Fertigungen in Mittel- und Osteuropa, Südostasien, China, Indien oder auch Lateinamerika billiger als in den „älteren“ Industriestaaten angeboten werden.

2. In den westeuropäischen Industriestaaten wird dies

- nicht nur zu informationstechnologischen Veränderungen der Arbeitsinhalte, sondern auch zu der skizzierten Auffächerung der vertikalen Lohnstrukturen,
- neuen, stärker kapitalverwertungsorientierten Arbeitszeitmustern und
- „billigeren“ Formen der Erwerbsarbeit („neue“ Selbständige) führen.

3. Die wachsende Zahl der Teilzeitarbeitsplätze und die der „neuen“ Selbständigen werden zu Dysfunktionalitäten der lohnzentrierten sozialen Alterssicherungssysteme führen, da eine Rente aus einem Teilzeitarbeitsplatz nicht die angestrebte Lohnersatzfunktion erfüllen kann und die „neuen“ Selbständigen in Ermangelung ihrer Beitragspflichtigkeit nur in seltenen Fällen ausreichende Ansprüche erwerben dürften. Altersarmut wird daher in der Zukunft keine Domäne alleinstehender Frauen ohne eigene Erwerbsbiographie bleiben. Eine politische Antwort darauf kann in einer steuerfinanzierten, bedarfsorientierten Grundsicherung bestehen.

4. Um die Sogwirkung der Niedriglohnländer nach Realkapital und damit nach Arbeitsplätzen zu verringern, sind die „alten“ Industriestaaten gut beraten, wenn sie ihr Steuersystem weg von der Besteuerung der Faktoren Arbeit und Kapital – bzw. deren Einkommen – und hin zu einem System der Besteuerung der verschiedensten Art von Verbräuchen umstrukturieren würden.

5. Die Position eines Hochlohnlandes kann nur durch Produktivitätsvorsprünge gerechtfertigt und gesichert werden; hierbei kommt – angesichts der faktischen Ubiquität der modernen Produktionstechnologien – den Produktinnovationen das größere Gewicht zu. Da nun aber Produktinnovationen unmittelbar von der Qualität der vorhandenen Arbeitskräfte, der „man-“, besser „brain-power“ abhängen, stellen eine gezielte Wissenschaftsförderung, Ausbildungsförderung und Weiterbildungspolitik zunehmend wichtigere Politikfelder zur Sicherung des materiellen Wohlstandes und der sozialen Sicherung der etablierten Industriestaaten dar.

6. Allerdings sollte man sich bei allen Bemühungen zur Verteidigung von Wohlstandspositionen immer bewußt sein, daß der Aufstieg und damit auch der Niedergang von „Mächten“ – politischer wie ökonomischer Art – eine geschichtliche Entwicklungsnotwendigkeit waren und wohl auch in Zukunft sein werden.

Wie das 20. Jahrhundert das goldene Jahrhundert von Nordamerika und Westeuropa waren, wird das 21. Jahrhundert das goldene Jahrhundert von Asien sein.

Diese Einschätzung hat nichts mit Pessimismus zu tun, wohl aber mit der Anerkennung des historischen Aufstiegs und Niedergangs von Staaten und damit auch dem Erlühen und Vergehen sogenannter *économies dominantes*.